

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Lohnpolitik auf Abwegen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1976) : Lohnpolitik auf Abwegen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 2, pp. 58-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134910>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Bruno Molitor

Lohnpolitik auf Abwegen

Wenn die große, für den Öffentlichen Dienst zuständige Gewerkschaft ihre Lohnforderungen anmeldet, kann sie der besonderen Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit sicher sein. Das ist sicherlich ein Erfolg ihres imposanten Vorsitzenden. In den verflossenen guten Wirtschaftsjahren hat er die Öffentlichen Hände nachhaltig an ihre Verpflichtung

als Arbeitgeber erinnert; das Stichwort lautete: Nachholbedarf in der Einkommensanpassung. Hier war die ökonomische Vernunft auf seiten der ÖTV. Denn es mußte schlecht um die Chancen zur allenthalben geforderten Leistungsverbesserung bei den Gebietskörperschaften stehen, wenn deren Einkommensangebot in der Konkurrenz um die knappen guten Arbeitskräfte weit abgeschlagen war. Auch konnte die nicht eben hervorragende Neigung des Staatssektors zur Rationalisierung die Nachhilfe durch eine „aktive“ Lohnpolitik wohl vertragen.

Indes, die Zeiten haben sich geändert. Die Rezession, die wir durchleben, ist kein Betriebsunfall. Es stehen magere Jahre bevor. Eine Gewerkschaft, die sich nicht dazu versteht, entsprechend ihre lohnpolitische Strategie anzupassen, muß ihren Ruf aufs Spiel setzen. Es begann bereits, als die ÖTV sich als Lohnführer gerierte und der Regierung Brandt jene ominöse 11%-Lohnsteigerung aufzwang. Das war ein Sieg der ökonomischen Unvernunft über mangelndes politisches Stehvermögen. Und dieser Sieg ist besagter Regierung in mehr als einem Sinne teuer zu stehen gekommen.

Offenbar durch den damaligen „Erfolg“ animiert, stellt die ÖTV jetzt wieder Lohnforderungen, die die Personalkosten im Staatssektor um nicht weniger als 7,5% steigern würden. Eine solche Belastungshöhe ist in unseren Zeitläuften gleichermaßen konjunktur- wie finanzpolitisch indiskutabel. Der Fiskus müßte mit noch mehr Staatsverschuldung und/oder Steuererhöhungen reagieren, was beides dem vordringlichen Abbau der allgemeinen Arbeitslosigkeit in den Rücken fiele.

Aber auch für den eigenen Bereich des Öffentlichen Dienstes birgt die gewerkschaftliche Forderung ihre Gefahren: Wenn es schon nicht zu Entlassungen kommt, so doch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu stärkeren Stelleneinsparun-

gen und einer verminderten Einstellungsquote. Und was schließlich den wie selbstverständlich verlangten „vollen Lohnausgleich“ für die noch vorhandene Inflationsrate anbelangt, sind da nicht die Empfänger von staatlichen Transferzahlungen die am meisten Betroffenen, an die an erster Stelle gedacht werden müßte?

Damit nicht genug, verlegt sich die ÖTV nunmehr vollends auf die Einkommensnivellierung: Technisch soll sich die Lohnerhöhung über ein einheitliches Kopfgeld von 135 DM für jedermann vollziehen. Das wäre nichts anderes als ein Rückfall in primitive Verhältnisse, der einer Leistungsdifferenzierung Hohn spricht. Als ob wir ausgerechnet im öffentlichen Sektor auf Anreize für den Leistungswillen und zur Verantwortungsfreude verzichten könnten! Im übrigen vermöchte sich keine *Industriegewerkschaft* eine solche Art „Lohnstrukturpolitik“ zu leisten; denn sie würde für morgen die Beschäftigung just jener Arbeitskategorien gefährden, die heute, über ihre relative Produktivität hinaus, durch die Lohnnivellierung profitieren sollen. Wenn die ÖTV auch glaubt, solche Befürchtungen im staatlichen Bereich nicht hegen zu müssen, so erscheint ihr Verhalten jedenfalls nicht als ein Musterbeispiel von Solidarität.

Nun, der schwarze Peter liegt einmal wieder bei der Regierung, die in ihren gegenwärtigen ökonomischen Nöten etwas Besseres verdient hätte. Sie wird sich die Pille gewiß nicht durch den Hinweis versüßen lassen, daß es sich um einen „einmaligen“ Sündenfall handelt. Denn erstens gab es auch schon früher Schritte in die Nivellierungsrichtung. Und wer könnte schon, zweitens, vor einer Wiederholung sicher sein, wenn diesmal nachgegeben würde. So bleibt der Regierung nichts übrig, als unbeugsamen Widerstand zu leisten — um der gesamtwirtschaftlichen Vernunft willen. Sie kann dabei ganz auf die Unterstützung der Bevölkerung rechnen.